

Autor: GUSTAV SEIBT
Seite: 9

Ressort: Feuilleton
Ausgabe: Hauptausgabe

Drosten und wir

Vertrauen und Zweifel: Die aktuelle Pandemie zeigt den Zwiespalt von alltäglichem Wahrnehmen und wissenschaftlichem Erkennen in zugespitzter Form

VON GUSTAV SEIBT

Die aktuelle pandemische Situation beschert wissenschaftlicher Expertise einen unmittelbaren politischen Einfluss, wie sie ihn selbst in unserer hoch technisierten Gesellschaft selten hat. Auf der Grundlage von wissenschaftlichen Annahmen wird das tägliche Verhalten von Millionen reguliert, in einem komplexen kommunikativen Zusammenspiel von Erklärung und Überzeugung einerseits, von Reglementierung und Sanktionierung andererseits. Wir sollen verstehen, und wir sollen befolgen.

Dabei wird der Vorstellungskraft einiges abverlangt. Denn die Radikalität der Maßnahmen seit Anfang März wurde mit einem noch nicht eingetretenen, aber unmittelbar bevorstehenden Übel begründet, der exponentiellen Ausbreitungsdynamik von Covid-19. Nur die Annahme einer drohenden explosionsartigen Vermehrung von Ansteckungen rechtfertigte die bisher beispiellosen Grundrechtseingriffe. Und nun muss auch an ein vermiedenes Übel geglaubt werden – mit dem oft zitierten Präventionsparadox, dass die erfolgreiche Abwehr von Bedrohungen keine Anerkennung einbringt. Immerhin gibt es die Gegenproben anderer Länder.

Dass dies je länger, je mehr umstritten sein würde, konnte man voraussehen. Umso wichtiger war die kontinuierliche Begleitung durch Wissenschaftskommunikation. Denn all diese Maßnahmen hätten sich auf dem Weg staatlicher Reglementierung allein nicht umsetzen lassen. Die Leute mussten mitziehen, und dafür mussten sie den wissenschaftlichen Vorgaben vertrauen. Und, was die Sachlage noch verkompliziert, auf einem Gebiet, in dem die Wissenschaft selbst erst dabei ist, ihre Einsichten zu gewinnen. Forschen, Erkennen und Umsetzen waren selten so nah beieinander. Die Zeit drängt, denn nicht nur der Wirtschaft, auch der Geduld in den Gesellschaften droht der Atem auszugehen.

Daher sieht sich die Forschung in einen ungewohnten Meinungsstreit gezogen. Ihre praktisch-politische Rolle droht sie selbst zu politisieren. In krasser Form zeigt sich das in einer Boulevardisierung, zu deren Ziel der Virologe Christian Drosten wird, Deutschlands führender Corona-Spezialist, der permanent erklärend und warnend präsent ist und von der *Bild*-Zeitung mit einer Kampagne überzogen wird. Aber was heißt „führender Corona-Spezialist“? Woher wissen wir Laien das überhaupt? Wir lauschen einer Autorität, können aber kaum sagen, worauf sie beruht. So bleibt es nicht aus, dass Gegenautoritäten in Stellung gebracht werden. „Virologen“ gibt es viele; wer es vorweisen kann, wird gehört.

Entscheiden muss zwar nach wie vor die Politik, aber weit mehr als sonst muss sie sich auf solche erst im Werden begriffenen Expertisen stützen. Weder Politiker noch durchschnittliche Bürger können aber im Ernst die hoch spezialisierten Forschungen solcher Fachleute selbst im Einzelnen überprüfen. Das gilt übrigens auch beim Klimawandel, einer Materie mit enormen politischen Implikationen. Auch Klimaforschung können normale Bürger und politisch Verantwortliche nicht selbst betreiben, auch hier müssen sie vertrauen, gestützt auf Plausibilitäten, aufs Anhören mehrerer Lehrmeinungen. Doch müssen sie sicher sein, dass das, was sogenannte Klimaleugner behaupten, nicht zutrifft: nämlich dass es einen menschengemachten, und daher beispiellos beschleunigten Klimawandel gar nicht gebe. Wetter ist nicht Klima, heißt es zu Recht, Alltagsbeobachtungen allein beweisen nichts, es kommt auf riesige Datenmengen, mathematische Erklärungsmodelle und Simulationen an, auch auf historische Zeitreihen.

Die aktuelle Pandemie zeigt diesen Zwiespalt von alltäglichem Wahrnehmen und wissenschaftlichem Erkennen nur in besonders zugespitzter Form. Bei der Klimapolitik ein Generationenpro-

jekt zum nationalen und globalen Umbau der Wirtschaft, bei der Pandemie das Einfrieren des sozialen Lebens: Dafür muss es sehr gute Gründe geben. Immerhin, die Kranken und Verstorbenen können wir sehen.

In den Debatten, die sich daran knüpfen, ist immer wieder von Meinungsfreiheit die Rede. Eine unumstrittene wissenschaftliche Wahrheit gebe es nicht. Selbst „Fakten“ seien theorieabhängig, sie lassen sich zur Not anders lesen. Und damit wird die wissenschaftliche Diskussion zu einer Art politischem Meinungsstreit, bei dem jeder Standpunkt seine Berechtigung, sein Recht auf Gehör habe. Dahinter verbirgt sich die berechtigte Wahrnehmung, die Hannah Arendt in ihrer klassischen Abhandlung über „Politik und Wahrheit“ in die Beobachtung brachte: in einer rein politischen Perspektive nehme sich Wahrheit – Vernunftwahrheit, wissenschaftliche Wahrheit – als Konkurrent im Machtkampf aus. „Euklid ist ein wahrer Despot“, zitierte sie einen Aufklärer des 18. Jahrhunderts. Der Grünen-Politiker Anton Hofreiter, selbst Biologe, sagte es so: „Mit einem Virus verhandelt man nicht.“

Das gilt bei aller Theorieabhängigkeit auch für historische Fakten. Arendt hat dazu eine schöne Anekdote. Als man Georges Clémenceau fragte, wie die Historiker später wohl einmal den Ausbruch des Ersten Weltkriegs beurteilen würden (es ging um die Frage der deutschen Kriegsschuld), erwiderte er: „Das weiß ich nicht, aber eine Sache ist sicher, sie werden nicht sagen: Belgien fiel in Deutschland ein.“ Solche Fakten wie Meinungen zu behandeln, war für Hannah Arendt ein wichtiges Kriterium für unfreie, gar totalitäre Verhältnisse. Darum verfehlt die Übertragung des politischen Meinungsbegriffs auf die Wissenschaft den entscheidenden Unterschied. Was wir landläufig „Meinungen“ nennen, sind gesellschaftliche Standorte, Sichtweisen, die mit Erfahrungen und Interessen, mit kulturellen

oder religiösen Vorentscheidungen verbunden sind. Über sie kann man tatsächlich verhandeln und sogar abstimmen. Solche Meinungen sind Antreiber und Resultate des demokratischen Prozesses. Sie haben sehr viel mit Wünschbarkeiten zu tun.

Wenn jetzt gesagt wird, die Lockerer der Corona-Maßnahmen seien „rechts“, die Strengen aber „links“, dann mag das unterschiedliche mögliche Folgerungen aus wissenschaftlichen Expertisen beschreiben – mit der innerwissenschaftlichen Meinungsbildung allerdings sollte es nichts zu tun haben. Denn wissenschaftliche Kontroversen verlaufen nach strengen Regeln in eingeübten Prozeduren, die auf maximale Nachprüfbarkeit, also systematisierten Zwei-

fel abgestellt sind. Dieser Zweifel ist keine unbestimmte „Skepsis“ („der eine sieht es so, der andere so“), die eine „politische“ Wahl offenlässt, sondern ein Erkenntnisinstrument. Institutionalisiert ist es beispielsweise im Gutachterwesen der Peer-Reviews.

Was heißt das für den Laien und die politischen Abnehmer? Wissenschaftsvertrauen muss zu einem großen Teil Institutionenvertrauen sein: Vertrauen in Unabhängigkeit, eingespielte Prozeduren, innerwissenschaftlichen Pluralismus, Öffentlichkeit für andere Wissenschaftler, aber auch für Wissenschaftsvermittler, die ausreichend geschult sind, um Forschungen kritisch zu begleiten. Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit, beide im Grundgesetz

geschützt, sind nicht dasselbe.

Die Unterscheidung von politischem Meinungsstreit und wissenschaftlichen Kontroversen öffnet der Politik erst den Raum für klar formulierte Alternativen. Euklid mag ein Despot sein, aber vor allem ist er ein Dienstleister, der uns vor Fehlern bewahren soll. Die Wissenschaft hat, so verstanden, vor allem ein Vetorecht: Sie kann nicht immer ganz genau sagen, was richtig ist, aber hoffentlich, was falsch ist.

Forschen, Erkennen, Umsetzen sind extrem nah beieinander, denn die Geduld schwindet

Die Wissenschaftler haben ja auch nur verschiedene „Meinungen“? Nein! So einfach ist es nicht

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Kategorien:

Forschung, Wissenschaft